

## Niederschrift

über die 14. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 20.09.2018, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

### Tagesordnung

#### I. Öffentlicher Teil

1. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen "Audit zur familiengerechten Kommune"  
Vorlage: 1336/2018
2. Bericht der Verwaltung und Aussprache über den zukünftigen Standort der Musikschule und die Umbaumaßnahmen in der städt. Realschule  
Vorlage: 1335/2018
3. Bericht der Verwaltung über die Schülerzahlen in den Eingangsklassen 2018  
Vorlage: 1337/2018
4. Bericht der Verwaltung zum Umsetzungsstand der Brandschutzmaßnahmen an den städt. Schulen  
Vorlage: 1338/2018
5. Gründung eines ZWAR Netzwerks in Geilenkirchen  
Vorlage: 1334/2018
6. Sachstandsbericht Synagogenplatz  
Vorlage: 1339/2018
7. Beratung und Beschlussfassung über den Bauentwurf zur Erneuerung der Sportfreianlage Immendorf und Fortschreibung des Entwicklungs- und Sanierungskonzeptes der städtischen Sportfreianlagen in der derzeitigen Fassung vom 05.04.2017  
Vorlage: 1327/2018
8. Anfragen

Anwesend waren:

#### Vorsitzende/r

1. Herr Marko Banzet

Mitglieder

2. Herr Hans-Jürgen Benden
3. Frau Karola Brandt
4. Frau Jennifer Diederichs
5. Frau Theresia Hensen
6. Herr Michael Kappes
7. Herr Thomas Klein
8. Herr Leonhard Kuhn
9. Herr Stefan Mesaros
10. Herr Lars Speuser
11. Frau Ruth Thelen
12. Herr Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

13. Herr Uwe Böken
14. Frau Christa Butenschön
15. Herr Jürgen Pallaske
16. Herr Peter Pauli
17. Herr Heinz-Josef von St. Vieth

Stellvertretendes Mitglied

18. Frau Sonja Engelmann als Vertreterin für Herrn Christoph Grundmann
19. Herr Uwe Neudeck als Vertreter für Herrn Heinz-Arno Plum

Sachkundige/r Bürger/in

20. Herr Uwe Jöris
21. Herr Frank Paulus
22. Herr Werner Thamer
23. Frau Katja Wegner-Hens

von der Verwaltung

24. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
25. Herr Gort Houben
26. Herr Wilfried Schulz
27. Frau Anja Wallbaum

Protokollführer

28. Herr Hermann-Josef Lehnen

Es fehlten:

29. Herr Christoph Grundmann
30. Herr Nils Kasper
31. Herr Bernhard Kozikowski
32. Frau Pfarrerin Anne Lungová
33. Herr Heinz-Arno Plum

Der Vorsitzende eröffnete um 18:00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle im Sitzungssaal anwesenden Personen.

Der Vorsitzende stellte fest, dass Frau Lungova, Frau Kaspers sowie Herr Kozikowski an der Sitzung nicht teilnehmen konnten und sich entschuldigt hätten.

Anschließend erklärte der Vorsitzende, dass die Tagesordnung um die Vorlage 1327/2018 - Beratung und Beschlussfassung über den Bauentwurf zur Erneuerung der Sportfreianlage Immendorf und Fortschreibung des Entwicklungs- und Sanierungskonzeptes der städtischen Sportfreianlagen in der derzeitigen Fassung vom 05.04.2017 – als Tagesordnungspunkt 7 erweitert werden solle und stellte die Erweiterung der Tagesordnung zur Abstimmung.

Die Erweiterung der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

## I. Öffentlicher Teil

### **TOP 1      Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen "Audit zur familiengerechten Kommune" Vorlage: 1336/2018**

Der Vorsitzende begrüßte Frau Schwarze vom Verein „Familiengerechte Kommune e.V.“ aus Bochum und dankte für die Bereitschaft, die Arbeit und die Projekte des Vereins vorzustellen.

Frau Schwarze stellte sich vor und stellte anschließend ihren Verein, dessen Ziele sowie die begleiteten Projekte mittels einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Benden dankte Frau Schwarze für den ausführlichen Vortrag und stellte heraus, dass es wichtig sei, dass der Prozess über Parteigrenzen hinaus ablaufe und keine Vorgaben gemacht würden, sondern die Ziele durch alle Beteiligten formuliert würden. Durch die gemeinsame Arbeit werde ein positives Image für die Stadt erreicht.

Herr Mesaros erklärte, dass es keine Kritik an der Präsentation gebe und diese schlüssig sei. Was jedoch fehle, seien konkrete Beispiele dessen, was umgesetzt worden sei und wie beispielsweise die Kosten und der Personaleinsatz für die Kommune sei.

Frau Schwarze erklärte, dass der Kostenbeitrag der Kommune gestaffelt sei und sich nach der Einwohnerzahl richte. Für Geilenkirchen mit etwa 29.000 Einwohnern beliefen sich die Kosten auf etwa 18.500 €. Das erscheine zunächst viel, aber die Kosten bezögen sich nicht auf Einzelmaßnahmen, sondern auf das gesamte Projekt und dessen Begleitung. In der Verwaltung würde eine Person benötigt, die für die Vernetzung zuständig sei und mit den erforderlichen Kompetenzen ausgestattet sein müsse. Erfahrungsgemäß belaufe sich der personelle Anteil an einer Vollzeitstelle auf etwa 10 bis 20% im ersten Jahr.

Herr Weiler wollte wissen, ob es sich bei dem Kostenbeitrag um einen jährlich zu zahlenden Betrag handele.

Frau Schwarze erklärte, dass der Betrag sich auf 4 Jahre erstrecke und auch die Kosten für gemeinsame Treffen abdecke.

Herr Weiler erklärte, dass Datensammlungen auch heute schon erfolgen würden, beispielsweise durch das Monitoring. Was sei durch die Zusammenarbeit des Vereins und der Kommunen umgesetzt worden und was sei die Leistung des Vereins. Ihm fehle ein konkretes Beispiel.

Frau Schwarze verwies auf die Stadt Görlitz, in der eine Beratungs- und Anlaufstelle sowie mehr Beleuchtung auf dem Marktplatz geschaffen worden seien. Hierdurch sei das Sicherheitsempfinden der Bürger positiv beeinflusst worden. In Lennestadt sei ein Unternehmer Netzwerk entstanden. Auch seien Runde Tische für das Thema Wohnen entstanden.

Frau Brandt erklärte, dass dies wenig konkret sei und erkundigte sich danach, wie der Prozess für die Bürger transparent und wie diese mit einbezogen werden würden.

Frau Schwarze erklärte, dass der Verein die Bürger nicht erreichen könne. Es müssten gemeinsam Maßnahmen erarbeitet werden, durch deren Umsetzung Wertschätzung für die Bürger nach außen getragen werde. Der Verein begleite den Prozess.

Herr Benden erklärte, dass es sich nicht nur um ein Projekt handele, sondern um gemeinsame Unternehmungen. Er verwies u. a. auf das Projekt „Toleranz fördern, Kompetenz stärken“, das in Geilenkirchen durchgeführt worden sei sowie den Bürgertreff, der bereits seit sechs Jahren bestehe und aus dem vorgenannten Projekt entstanden sei. Er erkundigte sich danach, ob die Verwaltung Möglichkeiten der Umsetzung sehe und die Anforderung an den Stellenumfang darstellbar sei.

I. Beigeordneter Brunen erklärte, dass es immer vorteilhaft sei, wenn Geilenkirchen sich positiv darstellen könne. So sei das Projekt „Toleranz fördern, Kompetenz stärken“ auf eine Initiative der Verwaltung entstanden. Beim Monitoring sei Geilenkirchen Pilotkommune und beim Quartiersmanagement einzige Kommune im Kreis Heinsberg gewesen. Das Jugendamt, das nunmehr seit über 10 Jahren bestehe, sei ebenfalls von der Verwaltung vorgeschlagen worden. Die Verwaltung habe grundsätzlich hohe Ambitionen, Alleinstellungsmerkmale herauszuarbeiten. Das vorgestellte Projekt würde diesbezüglich sicher passen, jedoch könne der Nutzen einer solchen Maßnahme derzeit noch nicht erkannt werden.

I. Beigeordneter Brunen verwies auf die allseits bekannte angespannte Personalsituation. Insofern sei das Projekt nicht ohne weiteres umsetzbar. Wenn ein politischer Auftrag ergehe, müsse man sehen, wie eine Umsetzung erfolgen könne.

Herr Benden regte an, das Thema auf die nächste Tagesordnung zu setzen, da bis dahin die Fraktionen hierüber beraten könnten.

Der Vorsitzende dankte abschließend Frau Schwarze für ihren Vortrag und die Beantwortung der Fragen.

**TOP 2      Bericht der Verwaltung und Aussprache über den zukünftigen Standort der Musikschule und die Umbaumaßnahmen in der städt. Realschule**  
**Vorlage: 1335/2018**

I. Beigeordneter Brunen erklärte, dass das Thema zu früh auf der Tagesordnung stehe und erst noch Gespräche geführt werden sollten. Bis zum jetzigen Zeitpunkt liege noch kein abschließender Bericht vor.

Die Überlegungen seien entstanden aufgrund der nach wie vor bestehenden Raumknappheit im Rathaus, in dem der Bedarf an Arbeitsplätzen stetig steige, beispielsweise durch Aufgabenerweiterungen, eingerichtete Ausbildungsplätze sowie durch Teilzeitrückkehrer/innen aus der Erziehungszeit. Nach Gesprächen mit den Fraktionen hätten diese ihre Fraktionsräume aufgegeben mit der Forderung, dass dies lediglich eine vorübergehende Maßnahme sei. Dies habe zu der Überlegung geführt, das Nebengebäude, in dem derzeit die Musikschule untergebracht sei, für die Verwaltung zu nutzen und der Musikschule Räumlichkeiten in der Realschule zu Verfügung zu stellen. Basis hierfür sei die Feststellung der Gemeindeprüfungsanstalt in ihrem letzten Prüfbericht gewesen, wonach ein erheblicher Raumüberhang an den städtischen Schulen bestehe. Diesbezüglich sei eine Kommunikation mit der Realschule sowie der Musikschule erfolgt mit dem Tenor, dass die Lösung nur funktionieren könne, wenn die Be-

lange der Realschule nicht beeinträchtigt würden. Da die Gemeindeprüfungsanstalt in ihren Berechnungen die Bedarfe der OGS nicht mit eingerechnet habe, sei klar geworden, dass das Projekt nicht ohne die Schaffung zusätzlicher Räumlichkeiten zu realisieren sei. Diesbezüglich sei noch alles im Fluss und kein abschließendes Ergebnis erzielt worden.

Herr Benden erklärte, dass das Thema nicht zu früh, sondern zu spät auf die Tagesordnung gekommen sei. Die Fraktionen sollten in das Rathaus zurück. Bei der Prüfung der GPA seien weder die OGS noch die internationalen Förderklassen berücksichtigt worden. Das Konzept sei daher nicht darstellbar. Frau Knickmeier-Soudani habe im Ausschuss bereits über die prekäre Raumsituation der OGS berichtet. Ein solches Verfahren sollte gegenüber allen Beteiligten transparent und offen durchgeführt werden. Es sei lediglich ein Vorschlag ohne Alternativen, beispielsweise einen Neubau oder Aufstockung des Rathauses, gemacht worden. Eine frühzeitige Diskussion im Fachausschuss sei erforderlich. Herr Benden stellte fest, dass der richtige Weg nunmehr eingeschlagen sei. Gleichzeitig forderte Herr Benden die Durchführung interfraktioneller Gespräche, in denen solche Themen besprochen werden könnten.

I. Beigeordneter Brunen bat darum, das Verfahren realistisch zu sehen. Der Ausschuss erwarte doch eine Vorarbeit der Verwaltung und wolle sich nicht mit Detailfragen beschäftigen. Er wies darauf hin, dass alle Betroffenen beteiligt wurden.

Herr Mesaros stellte fest, dass die Verwaltung nicht geschlafen oder etwas verzögert habe. Unter Hinweis auf die Schuldensituation sei ein Neubau in Frage zu stellen. Auch sei fraglich, ob eine Rückkehr der Fraktionen in das Rathaus nötig sei. Er regte an, andere Möglichkeiten zu prüfen.

Herr Kappes stellte fest, dass die Verwaltung den richtigen Weg eingeschlagen habe. Zuerst sollten die Fakten zusammengetragen und dann Entscheidungen getroffen werden.

Frau Thelen erklärte, dass der Rat hätte entscheiden können, was wichtig sei, wenn der Ausschuss frühzeitig einbezogen worden wäre. Durch den Auftrag für die Planung im Rat sei der Ausschuss übergangen worden.

Herr Weiler erklärte, die Verwaltung habe korrekt gehandelt und es sei richtig gewesen, die Planung zu beauftragen, um Fakten zu erhalten. Nur dann könne der Rat entscheiden. Er wies noch einmal darauf hin, dass alle Parteien Bescheid wussten.

Herr Benden erklärte, dass man es sich mit einer solchen Haltung zu leicht mache oder aber über andere Informationen verfüge. Es habe nur einen einzigen Vorschlag gegeben. Man sei nicht gewählt worden, um nicht mit den Betroffenen zu sprechen und man hätte früher überlegen müssen, welchen Weg man gehen wolle.

Herr Weiler wies darauf hin, dass der Planungsauftrag doch im Grunde nichts anderes sei als eine Machbarkeitsstudie.

Frau Brandt erklärte, dass das Thema Musikschule durch die Bürger an die Fraktionen herangetragen worden sei und dies schon ein wenig störe. Man könne dem Bürger ohne nötige Informationen nicht Rede und Antwort stehen.

I. Beigeordneter Brunen nahm Bezug hierauf und erklärte, dass man dies nicht so stehen lassen könne, weil die Fraktionen von Anfang an informiert gewesen seien. Die Fraktionen hätten in einem interfraktionellen Gespräch bekundet, wieder in das Rathaus einzuziehen zu wollen. Vor diesem Hintergrund habe man Fakten sammeln müssen und diese auch vorgelegt.

Herr Benden erklärte, dass vieles von dem Gesagten richtig sei. Richtig sei auch, dass erste Überlegungen an die Fraktionen herangetragen wurden. Danach seien bis zu besagten Rats-sitzung jedoch keine Informationen mehr geflossen. Bei dem Auftrag handele es sich im Übrigen nicht um eine Machbarkeitsstudie, sondern bereits um einen Planungsauftrag. Er stellte noch einmal die Forderung in den Raum, den Fachausschuss in einer solchen Angelegenheit nicht zu übergehen.

Herr Kappes erklärte, dass man nicht ohne Fakten diskutieren könne. Diese würden erst durch konkrete Planungen erkennbar.

Frau Thelen äußerte den Wunsch, nicht als Einzelperson in die Verwaltung gehen zu müssen, um entsprechende Informationen zu erhalten. Die Betroffenen säßen als beratende Mitglieder im Fachausschuss.

Herr Weiler verwies darauf, dass Herr Pauli und Herr Böken jederzeit in der Lage seien, sich im Ausschuss zum Thema zu melden.

Der Vorsitzende zog als Fazit der Diskussion, dass die Realschule ohne weiteres nicht geeignet sei für den Einzug der Musikschule und dass die Verwaltung auch andere Möglichkeiten aufzeigen und im Ausschuss vorstellen solle.

### **TOP 3      Bericht der Verwaltung über die Schülerzahlen in den Eingangsklassen 2018 Vorlage: 1337/2018**

I. Beigeordneter Brunen verwies auf die Tischvorlage, in der die tagesaktuellen Zahlen wiedergegeben seien.

Frau Thelen erklärte, dass 8 Schüler mehr als in der ursprünglichen Prognose dargestellt aufgenommen wurden. Der Ratsbeschluss über 12 Eingangsklassen sei jedoch unter der Annahme einer geringeren Schülerzahl gefasst worden. Vorgesehen sei in Klassen des gemeinsamen Lernens eine Schülerzahl von 25. Tatsächlich aber seien die Klassen mit Höchstzahlen besetzt. Dies verstoße gegen den Ratsbeschluss. Frau Thelen unterstellte an dieser Stelle, dass weitere Kinder vorsätzlich zunächst nicht aufgenommen worden seien, um keine weiteren Klassen bilden zu müssen.

I. Beigeordneter Brunen erklärte, dass über die Aufnahmen die Schulen selbst entscheiden würden. Es bestehe nur die Vorgabe der Klassenrichtzahl. Insgesamt sei die Entwicklung als ungünstig zu bezeichnen. Die Verwaltung habe sich an den Schulrat gewandt. Dieser habe zugesagt, in den Ausschuss zu kommen und zu der Situation Stellung zu nehmen.

Herr Benden stellte fest, dass die Fußfesseln in der Angelegenheit nun einmal da seien. Auf die schlechte Schulpolitik müssten die Parteien auf Landesebene Einfluss nehmen. Es sei jedoch vor Ort nötig festzustellen, welche Kinder aus den jeweiligen Ortsteilen Schulen in anderen Ortsteilen besuchen müssten, weil keine Aufnahmen mehr erfolgt seien. Er forderte von der Verwaltung, hier entsprechende Zahlen vorzulegen. Insbesondere sollten hier Zahlen von Kindern aus Hünshoven, Bauchem und der Innenstadt, die in andere Ortsteile fahren müssten, vorgelegt werden.

I. Beigeordneter Brunen sagte zu, die entsprechenden Zahlen zu ermitteln und vorzustellen, wies aber ausdrücklich darauf hin, dass im Einzelfall nicht erkennbar sei, warum ein Kind eine Schule in einem anderen Ortsteil besuche. Das jeweilige Anmeldedatum sollte ausreichen, zu erkennen, warum ein Wechsel hätte erfolgen müssen.

Herr Mesaros wies darauf hin, dass in jedem Jahr die gleiche Diskussion geführt werde und stellte fest, dass die Meinungen alle nicht weit voneinander entfernt seien. Die Schulen sollten jeweils verpflichtet werden, die abgelehnten Anmeldungen vorzuhalten, um hier verlässliche Zahlen ermitteln zu können.

**TOP 4 Bericht der Verwaltung zum Umsetzungsstand der Brandschutzmaßnahmen an den städt. Schulen  
Vorlage: 1338/2018**

Zunächst stellte Herr Houben die an den jeweiligen Schulen umgesetzten sowie die noch umzusetzenden Maßnahmen vor. Eine Auflistung ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Speuser stellte fest, dass die bauliche Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen gut sei, erkundigte sich aber danach, wie es mit dem organisatorischen Brandschutz in den Schulen aussehe. Dieser sei mindestens genauso wichtig. Er habe bisher den Brandschutzplan A gesehen, jedoch nicht die Pläne B und C.

Herr Houben erklärte, dass man diesbezüglich auf dem Weg sei und bat um Verständnis, dass er aktuell fachlich nicht hierauf eingehen könne, da dies für ihn Neuland sei und er sich hier noch einarbeiten müsse.

Herr Speuser wies darauf hin, dass die Pläne B und C einfacher umzusetzen seien als ein Plan A.

Herr Houben erklärte, dass der Stadtbetrieb neu aufgestellt werden müsse und man in diesem Zusammenhang alle Erfordernisse mit und mit erfüllen werde.

Herr Benden dankte Herrn Houben für die guten Ausführungen und stellte fest, dass man in diesem Bereich auf einem guten Weg sei.

**TOP 5 Gründung eines ZWAR Netzwerks in Geilenkirchen  
Vorlage: 1334/2018**

Herr Schulz verwies auf die ausführliche Vorlage und erläuterte das Ziel sowie die geplanten Abläufe des Projektes noch einmal.

Frau Engelmann erklärte, dass am Abend der öffentliche Personennahverkehr von den Außenorten in die Innenstadt sehr schlecht sei und viele Personen des angesprochenen Personenkreises so nicht an den in der Innenstadt geplanten Veranstaltungen teilnehmen können würden. Sie erkundigte sich danach, ob diesbezüglich andere Möglichkeiten, beispielsweise Veranstaltungen in den Außenorten, geplant seien.

Herr Schulz erläuterte, dass Maßnahmen in den Außenorten gezielt nicht vorgesehen seien, weil hier im Einzelfall die Personenzahl nicht ausreiche. Die Empfehlung der ZWAR-Zentrale habe gelautet, in der Innenstadt mit Maßnahmen zu beginnen und dies dann bei Erfolg auf die Außenorte auszuweiten.

Herr Klein erklärte, dass es sich um eine sehr gute Sache handele. Er fragte nach, von wem die Initiative für solche Projekte ausgegangen sei.

Herr Schulz erklärte, dass man bereits vor Jahrzehnten in den Bergbauregionen durch massenhafte Frühverrentungen entsprechende Bedarfe für den angesprochenen Personenkreis

erkannt habe und sich daraufhin das Netzwerk ZWAR gebildet habe. Die ZWAR-Zentrale werde daher auch vom Land NRW finanziert.

Herr Kuhn stellte fest, dass man in der Sitzung über zwei Projekte diskutiere und stellte die Frage in den Raum, wie die Projekte gestemmt werden sollten. Er warnte davor, durch zu viele Projekte Überforderungen eintreten zu lassen.

Herr Schulz erläuterte, dass das Netzwerk ZWAR nach einer Anlaufphase eigenständig weiterlaufen solle und keine weiteren Kapazitäten nötig seien. Es solle gezielt keine Konkurrenz zu den Vereinen aufgebaut werden. Das Netzwerk richte sich gezielt an Personen, die noch nicht an Vereine angebunden sind.

Herr Kuhn fragte nach, wie man den Personenkreis erreichen möchte.

Herr Schulz erläuterte hierzu, dass alle Bürger im Alter von 50 bis 75 gezielt angeschrieben würden. Die Gesamtzahl der betreffenden Personen belaufe sich auf etwa 3000.

Herr Speuser wollte wissen, ob mit dem Projekt auch Leute für Vereine geworben würden.

Herr Schulz erklärte, dass dies gezielt nicht der Fall sein werde. Die Zielgruppe sei die der nicht an Vereine angebundenen Menschen. Angestrebt sei vielmehr die Entstehung von Interessengruppen.

## **TOP 6 Sachstandsbericht Synagogenplatz Vorlage: 1339/2018**

Zunächst erläuterte Herr Houben die Situation und die geplanten Maßnahmen im Bereich des Synagogenplatzes. Hiernach fand ein Abstimmungsgespräch mit Herrn Karl-Heinz Nieren und Herrn Heinz Wolf unter Beteiligung der Herren Amtsleiter Savoir und Jansen. Ziel sei gewesen, festzulegen, welche Maßnahmen bis November dieses Jahres (80 Jahre Reichskristallnacht) umgesetzt werden könnten, damit der Platz bei den Besuchern einen würdevollen Eindruck hinterlässt.

Den Beteiligten sei klar gewesen, dass eine Umgestaltung des Platzes sukzessive erfolgen müsse. Erste Maßnahmen würden bis zum Gedenktag durchgeführt. Eine Fortsetzung erfolge jedoch erst im kommenden Jahr.

Ein ins Auge gefasster Festeinbau von Stelen oder der vorhandenen Reststeine der Synagoge erfolge wegen der noch unklaren Situation hinsichtlich Sanierung der ehemaligen Stadthalle auch erst frühestens im kommenden Jahr. Bis November würden auf dem Platz drei Tafelträger in Pultform errichtet. Die Bebilderung der Alu-Verbundplatten erfolge nach Vorgaben von Herrn Nieren. Zudem würden intensive Reinigungsarbeiten durchgeführt und kleinere Verschönerungsmaßnahmen umgesetzt.

Langfristig stelle man sich die Übernahme einer Patenschaft durch eine Schule vor. Im Rahmen der örtlichen Nähe sei diesbezüglich bereits Kontakt mit dem Gymnasium St. Ursula aufgenommen worden.

Herr Palaske als Schulleiter bestätigte die Bereitschaft der Übernahme einer Patenschaft durch seine Schule.

Herr Klein dankte Herrn Houben für seine Ausführungen und erkundigte sich danach, ob eine offizielle Veranstaltung geplant sei.

Frau Thelen wies diesbezüglich darauf hin, dass die beiden Kirchen solche Gedenkveranstaltungen bereits seit Jahrzehnten planen und durchführen würden.

Der Vorsitzende zeigte sich verwundert über die Tatsache, dass die Initiative Erinnern offensichtlich nicht in die Planungen einbezogen sei.

Herr Böken war ebenfalls verwundert und stellte fest, dass die Initiative Erinnern von den all den Dingen gar nichts wisse. Er fand es schade, dass dem so sei.

Herr Houben erklärte, dass die Einbindung und die Zusammenarbeit nachgeholt werden solle und dass der Ablauf diesbezüglich unglücklich gewesen sei. Die Initiative habe vor dem Hintergrund, dass sich die beiden Herren Wolf und Nieren für die Angelegenheit eingesetzt hätten, nicht übergangen werden sollen.

Herr Böken betonte noch einmal ausdrücklich, dass die beiden aktiven Herren nicht das Sprachrohr der Initiative darstellen würden.

Herr Pauli empfand die Situation ebenfalls als befremdlich und stellte fest, dass das Thema Synagogenplatz ein Dauerthema innerhalb der Initiative Erinnern und diese weiterhin aktiv sei.

Herr Benden erklärte, dass eine Zusammenarbeit wünschenswert sei und dass dies bei der Verwaltung angekommen sei. Man sei hier auf einem guten Weg und der Wunsch sei, dass die Vertreter der Initiative an den Sitzungen teilnehmen könnten. Es solle eine Koordination mit der Verwaltung angestrebt werden.

I. Beigeordneter Brunen erklärte, dass die Einladungen zum nächsten Netzwerktreffen an alle Beteiligten bereits erfolgt seien.

**TOP 7      Beratung und Beschlussfassung über den Bauentwurf zur Erneuerung der Sportfreianlage Immendorf und Fortschreibung des Entwicklungs- und Sanierungskonzeptes der städtischen Sportfreianlagen in der derzeitigen Fassung vom 05.04.2017  
Vorlage: 1327/2018**

Der Vorsitzende verwies darauf, dass der Tagesordnungspunkt bereits im Umwelt- und Bauausschuss beraten worden sei.

Herr Benden erklärte, dass er im Umwelt- und Bauausschuss zugestimmt habe, aber im Nachgang Ausgleichsmaßnahmen schriftlich fixiert werden sollten. Bisher sei diesbezüglich nichts bei ihm angekommen. Daher werde er sich in dieser Sitzung enthalten. Nach Hinweisen der Bürger auf bestimmte Tierarten wie Fledermäuse sollte die Stadt ein Artenschutzgutachten erstellen lassen. Auch sei es nötig, eine Ausgleichsfläche von 2.500 m<sup>2</sup> mit entsprechender Bepflanzung zu erstellen. Die Bürger sollten hier ernst genommen und ihnen Klarheit verschafft werden.

Frau Brandt erklärte, dass sich ihre Fraktion mit dem Punkt sehr schwer getan habe. Man sei zwar für die Maßnahme, aber es gebe insgesamt nicht mehr viele Linden. Daher müsse ein entsprechender Ausgleich her.

Herr Weiler zeigte sich erschrocken über die Wortmeldungen. Man habe den Tagesordnungspunkt über viele Monate diskutiert und falle nunmehr dem Verein in den Rücken. Der Verein habe Ausgleichsmaßnahmen angeboten. Für 17 gefällte Bäume sollten 8 neue gepflanzt sowie

für jeden nicht ersetzten Baum zusätzlich 50 m<sup>2</sup> zusätzliche Ausgleichfläche geschaffen werden. Diese Fläche wurde dann noch einmal auf 2.500 m<sup>2</sup> erhöht und sei in Immendorf sicher vorhanden. Die CDU werde im Ausschuss wie auch im Rat verlässlich zustimmen. Er betonte noch einmal, dass der Verein erst wieder im Jahr 2020 werde spielen können, wenn nicht in 04/2019 eingesät werde.

Herr Benden stellte klar, dass nur keine Zustimmung erfolgen werde, wenn kein ökologischer Ausgleich erfolge, der den Namen verdiene. 8 Bäume seien kein entsprechender Ausgleich. Bei 2.500 m<sup>2</sup> Fläche könne man darüber nachdenken. Aber die Information habe nicht vorgelegen und sei auch nicht verschriftlich worden. Er erklärte, dass, sofern bis zur Ratssitzung keine schriftlichen Unterlagen vorlägen, auch in der Ratssitzung keine Zustimmung erfolgen würde.

Herr von-St.-Vieth zeigte sich erschrocken über die Standpunkte, war jedoch zuversichtlich, dass Lösungen gefunden werden würden.

Herr Klein erklärte, dass das Sanierungskonzept und die Maßnahmen schon länger bekannt seien. Wenn die finanziellen Probleme nicht aufgetreten wären, sei das Projekt schon länger in der Umsetzung. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

#### **Beschluss:**

1. Der Planungsvorentwurf zur Erneuerung der Sportfreianlage in Immendorf wird beschlossen und als Entwurfsplanung mit einer Kostenberechnung 662.254,03 € verabschiedet. Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich der Haushaltsplanung die Durchführung der Maßnahme insoweit vorzubereiten, dass im April 2019 die Raseneinsaat der neuen Spielfläche erfolgen könnte.
2. Das Entwicklungs- und Sanierungskonzept der städtischen Sportfreianlagen in der Beschlussfassung des Stadtrates vom 05.04.2017 wird mit dem aktuellen Bauentwurf zur Sportfreianlage Immendorf fortgeschrieben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	15
Nein:	1
Enthaltung:	2

#### **TOP 8      Anfragen**

Frau Brandt erklärte, dass wohl im Hallenbad bei Nutzern dadurch ein Problem bestehe, dass eine große Fläche für Kurse im Bereich des Aquajogging genutzt werde, die für Regelbesucher dann nicht zur Verfügung stünden. Sie bat darum, die Situation zu prüfen und die nötigen Flächen zu überprüfen.

Frau Wallbaum erklärte, dass sie im Gelo-Bad nachfragen und die Angelegenheit geklärt werde.

Herr Klein erkundigte sich unter Hinweis auf eine schriftlich an die Verwaltung gerichtete Nachfrage nach den Mängeln im Gelo-Bad. Eine Antwort auf die Nachfrage sei bisher noch nicht erfolgt.

Herr Houben erklärte hierzu, dass der aktuelle Stand zunächst noch einmal abgefragt werden müsse. Viele Dinge seien bereits erledigt worden, einige Dinge könnten aber nicht ohne weiteres beseitigt werden. Bestimmte Dinge seien noch mit den Fachfirmen zu klären.

Frau Engelmann fragte nach, wann die Amtsleiterstelle des Amtes 40 neu besetzt werden würde.

I. Beigeordneter Brunen erklärte, dass nur so viel dazu sagen könne, dass eine Besetzung aus formellen Gründen derzeit nicht erfolgen könne. Weitere Angaben könne er in Personalangelegenheiten nicht machen.

Frau Engelmann erkundigte sich danach, ob im nichtöffentlichen Teil Informationen hierzu erfolgen könnten.

I. Beigeordneter Brunen erläuterte, dass mit Blick auf die Interessen der betroffenen Personen auch im nichtöffentlichen Teil keine Informationen erfolgen könnten.

Die Sitzung endete um 20:40 Uhr.

Vorsitzender



Marko Banzet

Schriftführer:



Hermann-Josef Lehnen